Antrag

ZU TAGESORDNUNGSPUNKT NR:

CDU Fraktion Rödermark	Datum: 25.01.2018 Antragsteller: ***CDU-Fraktion und Fraktion Andere Liste/ Die Grünen*** Verfasser/in:

Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Andere Liste/Die Grünen: Verkehrsentlastung Urberach (Änderungsantrag)

Beratungsfolge:

Datum	*Gremium*
25.01.2018	Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss
06.02.2018	Stadtverordnetenversammlung der Stadt Rödermark

Sachverhalt/Begründung:

Seit Jahren nimmt der Verkehr in Rödermark-Urberach auf „Durchgangswegen" zu. Nicht nur die Traminer- und Konrad-Adenauer-Straße, die Darmstädterstraße oder die Rodaustraße sind von der Verkehrszunahme betroffen, sondern auch etwa die Pestalozzistraße, die Straße Im Taubhaus und die Kinzigstraße. Auf den „Hauptachsen" (insbesondere Traminer-/ Konrad-Adenauer-Straße, Darmstädterstraße und Rodaustraße) bildet sich regelmäßig Stau zu den und um die Hauptberufsverkehrszeiten. Es ist eine weitere Zunahme des Verkehrs zu befürchten.

Bereits die derzeitige Verkehrssituation ist für den Standort Rödermark abträglich. (Arbeits-) wege verlängern sich und werden schwer kalkulierbar. Durch das hohe Verkehrsaufkommen entstehen überdies Verkehrskonflikte, von denen sämtliche Verkehrsteilnehmer (ob motorisiert oder nicht) betroffen sind.

In diesem Kontext ist zu berücksichtigen, dass Rödermark-Urberach nicht über einen S-Bahn-Anschluss verfügt und die Züge der Dreieich-Bahn-Linie in „Stoßzeiten" bereits seit geraumer Zeit in Verkerhsspitzenzeiten an ihre Kapazitätsgrenzen stoßen.

Hierbei wird besonders auf den Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 14.02.2017 - basierend auf einem Interfraktionellen Antrag - „ Weiterentwicklung der Dreieichbahn zur S-Bahn" hingewiesen.

Beschlussvorschlag:

Der Magistrat wird beauftragt:

1. Binnen 6 Monaten den Sachstand zu sämtlichen bereits existierenden Planungen und Untersuchungen auf den unterschiedlichen Ebenen von Politik und Verwaltung hinsichtlich einer Verkehrsentlastung für Rödermark-Urberach mitzuteilen.

2. Binnen 6 Monaten

a. mit den zuständigen Behörden und Einrichtungen (insbesondere Hessen-Mobil) und

b. mit den zuständigen Entscheidungsträgern im ÖPNV zu treten (insbesondere Deutsche Bahn und RMV)

Vorschläge zu erarbeiten, die zu einer wirkungsvollen Verkehrsentlastung für Rödermark-Urberach führen können. Dabei sollen Möglichkeiten einer besseren Erschließung von Rödermark-Urberach erörtert werden. Der Magistrat soll binnen 6 Monaten den Sachstand hierzu mitteilen.

Mit den Entscheidungsträgern hinsichtlich des Straßennetzes sollen auch Umfahrungs- und Verkehrsregelungsmöglichkeiten (insbesondere Ampelschaltungen zur Verbesserung des Verkehrsflusses, Vermeidung von Schleichwegen durch Wohngebiete) sowie Umgestaltungsmaßnahmen hinsichtlich der Ortsdurchfahrten von Rödermark-Urberach erörtert werden. Mit den Entscheidungsträgern hinsichtlich des ÖPNV soll insbesondere erörtert werden:

- Häufigerer Einsatz der Dreieichbahn in den Spitzenzeiten ab Dieburg.
- Einsatz von „Sprintern" (Zügen, die eine schnellere Anbindung an Frankfurt, sei es Frankfurt a.M.-Hbf oder an Frankfurt a.M.-Süd gewährleisten ab Dieburg),
- Einsatz größerer Fahrzeuge. mit mehr Sitzplätzen zu und rund um die Stoßzeiten ab Dieburg.

<u>Abstimmungsergebnis:</u>

Zustimmung:
Ablehnung:
Enthaltung: